



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 17.04.2007
Az.:

58. Sitzung des Kreisausschusses am 16.04.2007

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred
Gotz, Maximilian
Lackner, Helmut
Meister, Michaela
Mittermeier, Jakob
Reingruber, Karlheinz
Rötzer, Marianne
Rübensaal, Siegfried
Scharf-Gerlspeck, Ulrike
Schwimmer, Jakob
Sterr, Josef

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Wirth, Harald
Fischer, Heinz
Eixenberger, Anton (TOP 1 bis 9)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Helfer, Helmut (TOP 1 und 2)
Grabert, Bernd (TOP 3)
Stephan, Katrin (TOP 3)
Mayer, Elfriede (Protokoll)
Centner, Christina

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Haushaltswesen
Jahresrechnung 2006 des Landkreises Erding
Bekanntgabe der Abschlusszahlen
Vorlage: 2007/0148
2. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2005 des
Landkreises Erding
Vorlage: 2007/0149
3. Jugendsozialarbeit
Bestätigung der Notwendigkeit der Jugendsozialarbeit an den
Hauptschulen Finsing/Moosinning, Dorfen, Wörth/Ottenhofen,
Montessori-Schule Aufkirchen
Vorlage: 2007/0156
4. Bekanntgaben und Anfragen



**I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses
am 16.04.2007**

**1. Haushaltswesen
Jahresrechnung 2006 des Landkreises Erding
Bekanntgabe der Abschlusszahlen
Vorlage: 2007/0148**

Der Vorsitzende erklärt, die Abschlusszahlen liegen vor. Es konnte ein deutlich besseres Ergebnis erzielt werden. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt nun 4.984.069,06 Mio €, geplant waren 2.702.800 Mio €

Herr Eixenberger ergänzt, die größten Positionen waren Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer mit 482.694 €, Bußgeldmehreinnahmen mit 68.168 €, eine Rückzahlung des MVV für den Abrechnungszeitraum 2005 mit 217.000 €, ein höherer Zuschuss für die Schülerbeförderung mit 94.786 € und ein höherer Staatszuschuss für die Kreisstraßen um 48.605 €

Einsparungen haben sich ergeben bei den Personalkosten mit 209.285 € plus den nicht benötigten 80.000 € für die Deckungsreserve, und bei der Krankenhausumlage mit 110.207 €. Zudem verringerte sich im Bereich Jugendhilfe der Zuschussbedarf um 807.892 €. Hauptursache waren Einsparungen bei der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte. Auch bei der Sozialhilfe haben sich Einsparungen von 166.240 € ergeben, weil der Bedarf bei der Hilfe zum Lebensunterhalt geringer war.

Er weist darauf hin, es war eine Kreditaufnahme von 3.756.700 Mio € geplant. Die tatsächliche Kreditaufnahme aufgrund der höheren Zuführung war 1.484.696,59 Mio €. Der Schuldenstand Ende 2006 war somit 34.494.401,21 Mio €.

Weiter weist er auf Seite 5 der Vorlage zum Bereich Abfallwirtschaft darauf hin, dass der Rücklage zum Ausgleich von Gebührenschwankungen ein Betrag von 532.107,01 € zugeführt worden sei. In der Rücklage befinden sich zum Jahresende 2006 820.597,05 €. Dieser Betrag wird in den kommenden Jahren zum Ausgleich des Gebührenhaushalts im Bereich Abfallbeseitigung verwendet.

Die Rücklage für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie habe Ende 2006 8.642.646,50 Mio € betragen. Dieser Rücklage seien Zinseinnahmen von 310.049,26 € zugeführt worden. 2006 war eine Entnahme zur Finanzierung der Rekultivierungskosten 1.833.303,11 Mio € und für die Nachsorge der Deponie von 561.512,76 € notwendig.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Rücklage für die zuschussfinanzierten Investitionen (Recyclinghöfe) habe Ende 2006 92.115,70 € betragen. Bei DSD ergibt sich 2005 eine Rücklage von 513.323,43 €

Er verweist weiter auf Seite 7. Im Bereich Fleischbeschau war Ende 2006 der Überschuss 8.453,82 €. Dieser Überschuss sei auf 2007 übertragen worden. Die Gebühren seien kostendeckend erhoben worden.

Im Vermögenshaushalt haben sich über- und außerplanmäßige Ausgaben durch die Beschaffung eines Lkw mit Ladekran und Winterdienstausstattung für die Straßenmeisterei Erding ergeben. Die überplanmäßigen Ausgaben von 201.339 € seien vom Kreisausschuss am 30.05.2006 bereitgestellt worden.

Im Verwaltungshaushalt haben sich Mehrkosten im Bereich der Unterkunftskosten beim SGB II (Hartz IV) mit 154.848,13 € ergeben. Der Kreisausschuss habe diese Mittel am 17.07.2006 genehmigt.

Für die Gebäude des Landkreises entstanden beim Bauunterhalt (beim Umbau des ehemaligen Internats am Dr. Ulrich Weg 3, beim Ausbau des Kellers am Dr. Ulrich Weg 2 und für die Elektrosanierung) überplanmäßige Ausgaben von 124.871,16 €. Auch diese Mittel seien während des Jahres vom Ausschuss bereitgestellt worden.

Die überplanmäßigen Ausgaben von 74.145,55 € für die Erstattung an das Krankenhaus Erding für Betriebskosten (Personalwohngebäude) seien noch nicht genehmigt worden. Diese überplanmäßigen Ausgaben haben sich ergeben, weil 2006 für zwei Jahre (2005 und 2006) abgerechnet worden sei. Ab 2007 sei geplant, an das Krankenhaus Miete für die Büroräume zu zahlen.

Soweit außer den oben genannten Ausgaben noch unabweisbare über- und außerplanmäßige Ausgaben entstanden sind, wurden diese durch Mehreinnahmen, durch die allgemeine Deckungsreserve und durch Einsparungen im Rahmen der festgelegten Deckungsfähigkeit gedeckt.

Der Vorsitzende ergänzt, der Gesamthaushalt habe einen Sollabschluss mit 100.971.696,81 Mio €. Dabei habe sich eine nicht vorhersehbare bessere Entwicklung in den genannten Bereichen ergeben, als ursprünglich geplant war.

Er merkt an, diese Summe von 820.597,05 € Rücklage zum Ausgleich von Gebührenschwankungen im Bereich der Abfallwirtschaft werde bei der nächsten Gebührenkalkulation 2008 eingerechnet. Diese Summe sei von den Gebührenzahlern erbracht worden und sollte den Bürgern auch wieder zu Gute kommen.

Für den Bereich DSD werde demnächst in einer der nächsten Sitzungen der kaufmännische Abschluss für die Jahre 2005 und 2006 vorgelegt. Die Ausschussmitglieder können dann entscheiden, was möglicherweise mit der Auflösung dieser Rückstellungen gemacht werden soll. Es sei klar, dass diese Summe nicht von den Gebührenzahlern einbezahlt worden sei, sondern der Wirtschaftsbetrieb Landkreis Erding, der diese positive Ent-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

wicklung durch den Betrieb DSD betrieben hat, erzielt habe. Auch die rechtliche Situation sei bis dahin geklärt, was eventuell im Fall der Auflösung der Rückstellungen an Steuern anfallen würde.

Kreisrat Reingruber merkt an, wie all die Jahre stellt sich heraus, dass die Kreisumlage nicht in der Höhe hätte erhöht werden müssen. Es tut dem Landkreis sicher gut, wenn der Schuldenstand nicht so steigt. Er habe 2005 schon darauf hingewiesen, dass es einen Überschuss bei den Abfallgebühren gibt. Nach dem Hinweis, dass die 820.597,05 € Rückstellung benötigt werden, um die Gebührenschwankungen auszugleichen, kann es nur so sein, wie der Vorsitzende schon in einer Bürgerversammlung angekündigt habe, dass die Abfallgebühren sich verringern werden.

Der Vorsitzende merkt an, er geht vom jetzigen Zeitpunkt davon aus. Die Neuausschreibungen haben einen deutlichen finanziellen Vorteil gebracht. Seit ca. zwei Jahren gibt es deutliche Vorteile bei der Verwertung von Papier und Alteisen, usw. Die Überschüsse zusammengerechnet ergeben, dass eine Senkung möglich sein könnte.

Kreisrat Becker betont, es seien sechs Positionen erwähnt worden, die den gesamten Überschuss ergeben.

Bedeutsam dabei sei, dass im Haushalt eingespart worden sei, weil mit der Zuweisung von Kindern und Jugendlichen in Heime restriktiv umgegangen worden sei. Die Ansätze seien also richtig. Die Kreisräte sollten sich darüber freuen, dass der Landkreis weniger Kredite aufnehmen müsse. Bei den Abfallgebühren wird es eine Neukalkulation geben. Eine Senkung der Abfallgebühren wäre nur gut.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0349-08

Der Jahresabschluss des Landkreises für das Jahr 2006 wird wie vorgelegt genehmigt.

Die nicht durch Haushaltsvermerke gedeckten überplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

2. Haushaltswesen

Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2005 des Landkreises Erding

Vorlage: 2007/0149

Auf Wunsch des Vorsitzenden erklärt **Herr Eixenberger**, das Abschlussergebnis 2005 sei dem Kreisausschuss am 03.04.2006 vorgelegt und genehmigt worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt waren 83.910.119,19 Mio €. Im Vermögenshaushalt waren die Einnahmen und Ausgaben jeweils 10.968.362,94 Mio €. Die Zuführung 2005 waren die erwähnten 2.570.122,01 Mio €.

Herr Eixenberger erklärt zu Seite 7- Abgeschlossene Maßnahmen:

Bei der Erweiterung und dem Umbau der Herzog-Tassilo Realschule in Erding habe sich gegenüber dem Kostenvoranschlag eine Kostenunterschreitung von 78.246,12 € ergeben.

Bei der Bushaltespur an der Bajuwarenstraße habe sich gegenüber des Kostenvoranschlages eine nur geringe Kostenüberschreitung von 603,21 € ergeben.

Bei den Bushaltestellen entlang der Sporthalle des neuen Gymnasiums und entlang der ED 19 beim neuen Gymnasium habe sich gegenüber des Kostenvoranschlags ebenfalls eine Kostenüberschreitung von 4.502,35 € ergeben.

Bei der ED 19 – Ausbau der Ortsdurchfahrt Gaden habe der Landkreis gegenüber des Kostenvoranschlags von 486.000 € um 50.969,82 € mehr zahlen müssen (insgesamt 528.995,46 €). Die Gemeinde Eitting habe einen Anteil von 81.974,36 € gezahlt. Die Überschreitung war dadurch entstanden, weil die Entwässerung anders als vom Wasserwirtschaftsamt geplant gestaltet werden musste.

Bei der ED 19 - Neubau eines Geh- und Radweges mit Überquerungshilfe in Erding habe sich eine Kostenunterschreitung von 322,70 € ergeben.

Bei der Jahresrechnung 2005 haben sich über- und außerplanmäßige Ausgaben vor allem durch die Hochwasserkatastrophe mit Kosten von 476.319 € ergeben. Ein Teil der Kosten (288.539 €) sei durch einen Zuschuss aus dem Katastrophenschutzfonds finanziert worden. Letztendlich habe der Landkreis noch 187.780 € zahlen müssen.

Im Jugendhilfehaushalt seien überplanmäßige Ausgaben entstanden, durch die teilweise Rückzahlung eines Vorschusses an die Regierung von 493.196 € für unbegleitet reisende jugendliche Asylanten, für Heimunterbringungen mit 215.105 € und die intensive sozialpädagogische Betreuung von Jugendlichen mit 113.1235 €. Diese überplanmäßigen Ausgaben seien vom Kreisausschuss bereits genehmigt worden, aber vom Kreistag noch nicht. Deshalb sei im Beschluss der Zusatz angefügt: „Soweit die überplanmäßigen Ausgaben 250.000 € überschreiten, wird dem Kreistag empfohlen die Genehmigung zu erteilen.“

Ohne weitere Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschluss zur Abstimmung:

KA/0350-08

Dem Kreistag wird empfohlen, die Jahresrechnung des Landkreises für das Jahr 2005 mit den genannten Abschlusszahlen gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO festzustellen und die Entlastung zu erteilen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Soweit die überplanmäßigen Ausgaben 250.000 € überschreiten, wird dem Kreistag empfohlen die Genehmigung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

3. Jugendsozialarbeit
Bestätigung der Notwendigkeit der Jugendsozialarbeit an den
Hauptschulen Finsing/Moosinning, Dorfen, Wörth/Ottenhofen,
Montessori-Schule Aufkirchen
Vorlage: 2007/0156

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und ergänzt, der Jugendhilfeausschuss habe in seinen Sitzungen vom 13.07.2005 und 12.07.2006 auf Empfehlung des Schulamtes die Notwendigkeit der Jugendsozialarbeit auch an der Montessori Schule grundsätzlich befürwortet. In der Sitzung am 12.07.2007 sei zusätzlich beschlossen worden, dass die Hauptschule Dorfen Vorrang für die finanzielle Förderung haben sollte.

Die Situation sei nun, dass es für die Montessori-Schule in Aufkirchen einen Zuschuss von 6.135 € für eine halbe Stelle eines Sozialpädagogen für die Jugendsozialarbeit geben könnte, wenn auch der Landkreis das mitfinanzieren würde.

Es stellt sich aber die Frage, nachdem eine Reihe von Schulen in öffentlicher Trägerschaft bereits Schulsozialarbeit durchführen, aber, außer Warthenberg, keine Förderung bekommen, ob dann eine Förderung an einer Privatschule erfolgen sollte.

Von der Regierung von Oberbayern sei mitgeteilt worden, eine Zuschussgewährung kann nur erfolgen, wenn auch der Landkreis das Ganze mitfinanziere.

Kreisrat Mittermeier merkt an, wenn die Regierung einen Zuschuss geben möchte, sollte sie diesen geben und nicht nur unter dem Vorbehalt, wenn der Landkreis das Ganze mitfinanziere. Er weiß von einer Reihe von Schulen, die Schulsozialarbeit einführen möchten, z.B. Klettham, usw., wo Brennpunkte seien. Er hofft, wenn einmal alle Brennpunktschulen berücksichtigt seien, dass dann auch der Staat für diejenigen Schulen Geld übrig hat, die in Vorleistung gegangen seien und seit Jahren diese Maßnahmen machen. Diese Schulen dürften nicht bestraft werden.

Er denkt, bevor nicht die Schulen in der öffentlichen Trägerschaft ihre Bedürfnisse abgedeckt haben, sollte der Landkreis noch nicht in die Förderung der Privatschulen einsteigen. Es gibt als Privatschule nicht nur die Montessori-Schule, sondern z.B. auch die Mädchen-Realschule in Heilig Blut, usw. Auch diese Schule könnte einen gewissen Bedarf haben.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er denkt, eine Förderung von Privatschulen sollte zurückgestellt werden, bis die Schulen in öffentlicher Trägerschaft ihren Bedarf gedeckt haben und erst dann könnte über eine weitere Ausdehnung diskutiert werden.

Kreisrat Sterr stimmt der Aussage von Kreisrat Mittermeier grundsätzlich zu. Die Stadt Dorfen habe 1999 die Schulsozialarbeit freiwillig eingeführt, weil die Notwendigkeit erkannt worden sei. Es wäre denen, die frühzeitig mit der Schulsozialarbeit begonnen haben und keine Förderung erhalten, nicht zu vermitteln, wenn Privatschulen gefördert würden.

Wenn der Art. 44 der Bayer. Haushaltsordnung herangezogen wird, um die Förderung vorzuenthalten, sei das noch unverständlicher. Er habe nichts gegen die Montessori-Schule, er betrachtet das Engagement als positiv. Er bittet aber, diesbezüglich nochmals bei der Regierung vorstellig zu werden und das zu unterstreichen, was der Landkreis bis jetzt schon dafür getan habe. Er berichtet von einem Gespräch erst kürzlich im Sozialministerium. Auch dort sei diese Vorschrift herangezogen worden. Damit erübrigt sich seiner Meinung nach jegliche Diskussion.

Der Vorsitzende merkt an, deshalb habe der Jugendhilfeausschuss auch die Priorität für die Hauptschule in Dorfen eingeräumt. Natürlich sei der Landkreis froh darüber, dass es inzwischen mehrere Gemeinden und Schulverbände gibt, die bereits Schulsozialarbeit anbieten.

Wenn eindeutig die Priorität an der Hauptschule in Dorfen gesehen wird, könnte er sich vorstellen, erst dann weiter in die Zuschussgewährung bei einem privaten Träger einzusteigen, wenn auch Schulen in öffentlicher Trägerschaft eine finanzielle Unterstützung von der Regierung von Oberbayern bekommen.

Kreisrat Reingruber stimmt den Aussagen der Kreisräte Mittermeier und Sterr zu. Er als Lehrer weiß, dass an jeder Schule Schulsozialarbeit nicht nur wünschenswert wäre, sondern auch wichtig sei.

Er meint aber, wenn die Montessori-Schule schon einen Zuschuss von der Regierung von Oberbayern bekommen würde, sollte zumindest auch der Landkreis den Zuschuss gewähren, damit der Zuschuss der Regierung nicht verfällt.

Der Vorsitzende merkt an, ihm sei mitgeteilt worden, wenn sich in der Konzeption etwas ändern würde, z.B. das bestehende Konzept ausläuft und eine neue Schulsozialarbeit erfolgt, wäre eine Zuschussgewährung nicht ausgeschlossen.

Es gibt aber auch die Frage der Finanzierung. Die Gemeinden würden über die Kreisumlage für die Schulsozialarbeit an einer Privatschule zahlen. Eine Privatschule könnte auch, ähnlich wie bei den Gemeinden, die Schulsozialarbeit anbieten und selbst bezahlen.

Die Schwierigkeit sei, dass der Landkreis den Schulen in öffentlicher Trägerschaft keinen Zuschuss geben kann und einer Privatschule einen Zuschuss geben sollte.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er spricht sich nicht gegen die Zahlung eines Zuschusses an eine Privatschule aus. Es sei aber nicht einsichtig, den Zuschuss zu gewähren. Es gibt eine eindeutige Prioritätenliste, die auch von der Regierung von Oberbayern berücksichtigt werden sollte.

Kreisrat Gotz stellt fest, es kann nicht sein, dass der Landkreis einer Privatschule einen Zuschuss gewährt und die Motivation dort erhöhe, wo andererseits die landkreiseigenen Schulen, die mit eigener Initiative (Förderverein an Gymnasien) Schulsozialarbeit anbieten, nicht berücksichtigt werden. Diese Privatschulen habe eine andere Gebührenstruktur, mit der solche Dinge auch angeboten werden könnten. Zudem sollte auch deutlich die Frage geklärt werden, ob nicht etwas gefördert würde, was eigentlich im pädagogischen Programm dieser Schulen stark verankert und beinhaltet sei.

Kreisrätin Meister denkt, an die Montessori-Schule gehen viele Kinder aus dem gesamten Landkreis und nicht nur aus einer Gemeinde. Sie findet die Argumentation schon richtig, dass diese Schulen, die Schulsozialarbeit schon lange machen, nicht bestraft werden dürfen, indem sie keinen Zuschuss bekommen. Sie fragt, ob der Zuschuss, wenn er einmal gewährt wird, dauerhaft gewährt werden muss.

Der Vorsitzende meint, es wäre problematisch, wenn der Zuschuss für nur ein Jahr gewährt werden würde. Wenn ein Zuschuss einmal gewährt wird, sei es schwer, eine Begründung für eine Ablehnung zu finden.

Kreisrat Becker merkt an, bei einer Diskussion um die Finanzierung beim Neubau der Montessori-Schule seien Zahlen vorgelegt worden, dass ein großer Anteil der Schüler nicht aus dem Landkreis sei. Das sei auch mit ein Grund, dass die Schulsozialarbeit nicht aus Haushaltsmitteln, die über die Kreisumlage finanziert werden, gezahlt werden sollte.

Der Vorsitzende fasst zusammen, wo die höchste Priorität für eine Förderung der Schulsozialarbeit gesehen wird, gibt es keine Förderung. Es erscheint deshalb schlüssig, diesen Antrag zurückzustellen, solange die beantragte Schulsozialarbeit an Schulen in öffentlicher Trägerschaft nicht auch finanziell unterstützt und gefördert werde.

Kreisrat Reingruber stellt den Antrag, der Montessori-Schule den Zuschuss für eine halbe Sozialpädagogenstelle für die Schulsozialarbeit in Höhe von 6.135,00 € pro Jahr zu gewähren.

Der Vorsitzende bringt den Antrag von Kreisrat Reingruber zur Abstimmung:

KA/0351-08

Der Gewährung eines Zuschusses an die Montessori-Schule für die Schulsozialarbeit (1/2 Sozialpädagogenstelle) in Höhe von 6.135,00 € pro Jahr wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 9 : 2 Stimmen.**
(KRin Meister und KR Reingruber)

Im Weiteren formuliert er folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0352-08

Der Antrag zur Bezuschussung der Schulsozialarbeit an der Montessori-Schule wird solange zurückgestellt, bis eine Förderung der Schulsozialarbeit an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft durch den Freistaat Bayern erfolgt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

4. Bekanntgaben und Anfragen

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen. **Der Vorsitzende** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses um 14.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL